

## Haushaltsrede zur Ratssitzung 28.11.2013

Sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrter Kreis des Stadtrates und ich begrüße natürlich alle weiteren anwesenden Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt.

Nun werde ich im Namen meiner Fraktion die städtische Haushaltslage in Gummersbach aus unserer Sicht darstellen. An sich ist das einfach, wenn wir uns dem Urteil des Herrn Bodo Löttgen anschliessen würden. Bodo Löttgen ist kein Geringerer als CDU-Generalsekretär in NRW und wie man so sagt – waschechter Oberberger, Mitglied im CDU-Kreisvorstand und früheres CDU-MdL, der wird es schon wissen. Darum hier ein Zitat von Löttgen in unserer Heimatzeitung zu Stärkungspaktkommunen wie Gummersbach:

**... "Man nehme von denen, die es gut gemacht haben, und gebe es denen, die es schlecht gemacht haben, damit diese es weiter schlecht machen." ( OVZ, 11.11.2013)**

Nun, was hat er damit gesagt? Gebe denen – das heisst der Stadt Gummersbach die Millionen von anderen gut wirtschaftenden Kommunen, damit Gummersbach so weiter machen kann wie bisher. Löttgen sagt dazu: Schlecht gemacht und weiter schlecht machen.

Ohne jetzt diesem Parteiwolf der CDU beipflichten zu wollen, denn wir sind Grün und bleiben Grün, dürfen wir als Betroffene in dieser Stadt einen grossen Teil dieser Kritik an Rat und Verwaltung nicht unter den Teppich kehren.

Wir haben uns zu fragen, warum sich der Bürgermeister und die CDU in ihren Reden mit Kritik aus dem eigenen Lager nicht auseinandersetzen. Der zentrale Begriff in der Kritik von Löttgen heisst: weiter machen – weiter schlecht machen!

### **Weiter auf dem Weg in die kommunale Ausweglosigkeit!**

Das sehen wir zum Beispiel sehr gut am Beispiel Steinmüllergelände. Es wurde vor einem Jahrzehnt gekauft, um eine Industriebrache zu revitalisieren. Ein guter Ansatz, dem wir folgen konnten: Steinmüllergelände kaufen und revitalisieren durch Verkauf, um dort auch wieder – zusätzlich – Gewerbesteuern zu erzielen. Dieser Weg ist leider nicht durchgängig beschritten worden.

Dabei ist der Neubau der Fachhochschule wohlbegründet. Die Realisierung des Stadtgartens ist gelungen. Auch gegen das Regionalforstamt und die Gesundheitsakademie ist nichts einzuwenden, obwohl es keine Gewerbesteuern bringt. Deshalb ist die zentrale Niederlassung der Able-Group auf dem Steinmüllergelände sehr zu begrüßen.

**Hingegen ist die Platzierung eines 15.000m<sup>2</sup>-Einkaufszentrums im Areal ein unkalkulierbares Risiko für die Stadt.** Was haben wir davon, wenn von dort auch mal Steuern ins Stadtsäckel fließen, wenn zeitgleich die Steuereinnahmen in anderen Bereichen des städtischen Einzelhandels versiegen? Und über verändertes Einkaufsverhalten als zusätzliches Risiko muss ich hier nicht sprechen.

**Problematisch sehen wir auch die Vfl-Arena und die Halle32.** Nicht weil sie dort nun auf dem Gelände stehen – das ist wohlbegründet, sondern wir lehnen die rechtlichen und

wirtschaftlichen Konstruktionen dieser beiden Projekte ab. Diese erzeugen neue Risiken für unsere hochverschuldete Stadt.

So sind bei der Vfl-Arena die Stadtwerke mit im Boot der ARENA SPORTSTÄTTEN GmbH. Einen Grund für dieses privatrechtliche Engagement ist nicht nachvollziehbar, lässt aber den Schluss zu, den VFL nicht als Verein sondern als privatrechtliche GmbH unterstützen zu wollen. Dies birgt Risiken. Unsere Stadtwerke, die aktuell den Grundpreis für Wasser ohne Not erhöht haben, sollte dem Bürger im sozialen Sinne dienen und nicht gewerblichen Projekten.

**Aber auch bei der Halle32 als AöR sind die Risiken nicht überschaubar.** Zur Zeit ist ein jährlicher Zuschussbedarf weit über 400.000 Euro erforderlich, der dem Zuschuss des städtischen Theaters vergleichbar ist. Dem Theater droht die Schliessung, der Halle32 nicht, obwohl vergleichbare Hallen in Deutschland auch ohne diese immensen Zuschüsse betrieben werden können. Der rechtlich fragwürdige Rausschmiss meiner Person aus dem Verwaltungsrat der AöR ist nur folgerichtig, weil die Kritik am unwirtschaftlichen Handeln der Stadt verstummen soll.

**Es ist festzustellen, dass die Stadt bei allen 4 grösseren Veranstaltungshallen im Stadtgebiet mit beträchtlichen Summen unmittelbar am Risiko beteiligt ist:**

**1. Stadttheater, 2. Stadthalle, 3. Halle32, 4. Vfl-Arena**

Dabei sind zwei Veranstaltungshallen erst jetzt an den Start gegangen – in einer Stadt mit ärmer, älter und weniger werdenden Bevölkerung können alle diese Hallen wirtschaftlich nicht betrieben werden. Hier wird weiter konzeptlos gewurschtelt. Vielleicht erwartet uns der erste Knall im April 2014.

Stattdessen von der Hallen-Kultur zu Jugend und Sozialem: Hier gibt es nichts, was über Pflichtaufgaben hinausginge. Ein sich selbst tragendes Bürgerhaus im Dieringhausener Bahnhof wurde abgewürgt. Der Bahnhof, wohl ein Millionengrab, steht nun zum grossen Teil leer und kostet weiterhin Steuergeld. Für die Jugend werden nur Minimalangebote bereitgestellt. Die Büchereigebühren wurden wegen Finanzierungsschwierigkeiten ordentlich angehoben.

**Darum kann ein "schlüssiges Sanierungskonzept" unserer "Stärkungspakt"-Kommune definitiv helfen, aber anders als es zur Zeit vorliegt.**

**Der Grundsatz muss hier heissen: weniger ist mehr.**

So sind die Personalkosten der Stadt um die 500 Euro pro Einwohner. Dies ist im Vergleich mit anderen Kommunen extrem hoch und die Personalkosten pro Einwohner steigen nach den Zensuszahlen weiter. Und es wird befördert, was die Richtlinien hergeben. Sogar drei Hebammen sind für den Bürgermeister tätig. Unser Bürgermeister ist stolz auf diese vorbildliche Situation – wir nicht!!!

**Ein Prozess der Aufgabenkritik wie unter Bürgermeister Schmitz begonnen, wird unter Bürgermeister Helmenstein nicht geführt. Aber gerade die Finanzausgaben müssen wir in den Griff bekommen. Sonst wird die Stadt auf weitere Kredite ab dem Jahr 2018 nicht verzichten können.**

Zudem werden Kredite bei der Stadt und den Stadtwerken gerne mit sogenannten Zinswetten abgesichert, welche aber allgemein weitere Risiken für den Haushalt

bedeuten, weil in dem Geschäft Banker cleverer sind als Kämmerer. Aber auch das Ausweichen von regulären Krediten hin zu Kassenkrediten ist abzulehnen.

Um den städtischen Haushalt irgendwie zu finanzieren, wurden nun die Steuern erhöht. Diese Erhöhung reicht aber nicht aus. Deshalb gibt es in Gummersbach schon lange die ominöse Eigenkapitalverzinsung des Monopolbetriebs Stadtwerke mit dem Zinssatz 6 %, welche jedes Jahr 2,1 Millionen in die Stadtkasse spült.

Andere Kommunen verzichten auf solche Spielchen, weil über erhöhte Gebühren der Stadtwerke der Bürger einer Steuer ähnlich zur Zahlung gezwungen wird. Aber wer schert's – der Zweck heiligt die Mittel. Schon jetzt liegt der Überschuldungsfaktor in der Bevölkerung bei über 10%. Absolut unsozial ist das für unsere Mitbürger/innen!

Die anzunehmenden regulären Kredite der Stadt liegen trotz der jährlichen Eigenkapitalzinseinnahmen um die 90 Millionen Euro und die Kassenkredite der Stadt bei etwa 65 Millionen. Hinzu kommen die Stadtwerke mit einem Kreditwert von zur Zeit 65 Millionen. **Zusammen ergibt das 210 Millionen Euro Kredite bei 49.600 Erstwohnsitz-Einwohnern.**

So stehen 4.200 Euro Verschuldung pro Einwohner in 2013 damaligen 3.300 Euro pro Einwohner in 2006 gegenüber. Die schon verplanten Sondermittel des Landes fließen aber auch nicht ewig und wie wird der Schuldenstand dann 2018 aussehen, Herr Bürgermeister?

Löttgen: "und gebe es denen, die es schlecht gemacht haben, damit diese es weiter schlecht machen" – das scheint auf Gummersbach zuzutreffen.

**Dem gesellschaftlichen und demographischen Wandel in der Stadt** steht der Bürgermeister hilflos gegenüber, denn der Wandel erfordert ein frühzeitiges Handeln in allen Bereichen der Gesellschaft. So zum Beispiel im Schulwesen. Leider waren die Schulleitungen in der Vergangenheit schlechte Berater. Weder das Auslaufen der Hauptschule noch der erhöhte Bedarf an Ganztagsangeboten noch die Vorteile des Schülertickets wurden erkannt. Da wundert es auch nicht, dass ein völlig fehlgeleiteter Namensvorschlag für das Gymnasium aus diesen Reihen, die Ziele und Werte vermitteln sollen, kommt. Das alles hat und kostet uns zukünftig Extra-Geld, ohne Frage! Nur: verantwortlich ist der Bürgermeister.

Wichtige Themen für die Zukunft der Stadt werden durch ihn weiterhin nicht angepackt oder verzögert. So ist der **Entwurf eines Klimaschutzkonzept** bisher nicht den zuständigen Gremien vorgestellt worden, der Klimaschutzbeirat tagte im Januar 2013 das letzte Mal! Die Weichenstellung hin zu der notwendigen Suffizienz in Verwaltung und unserem Stadtgebiet mit fast 50.000 Menschen (weniger ist mehr) wird auf Kosten der Menschen verschleppt.

Weiter werden das Strassennetz, das Leitungsnetz und die Infrastruktur erweitert – was Flächenverbrauch bedeutet, während in Zukunft **10 % der Bebauung leer stehen wird.** Die Entwicklung eines sozial und ökologisch verantwortbaren städtischen Lebensstils durch Verkleinerung wird verhindert. Weiter geht es stattdessen um sogenanntes Wachstum, um Konsum und Verschwendung.

Ein Umlenken in der Verwaltung, die Herausforderung der Zukunft zu bewältigen, ist nicht erkennbar – der Bürgermeister ist ja nicht der Papst! Bei noch so kurzen, mit Fahrrad oder

zu Fuss locker zu bewältigenden Strecken, kann er nicht auf den Dienst-Mercedes mit übermässigen Pferdestärken plus exklusivem Fahrer verzichten.

Es ist gut möglich, dass Bürgermeister Helmenstein darum als Schuldenkönig von Oberberg, der die Zeichen der Zeit missachtete, in die Annalen eingehen könnte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.